

SOZIALHILFEBERECHTIGTE ENTLASTEN!

Die Einführung des Arbeitslosengeldes II bringt keine Entlastungen für die Kommunen, wie von der Bundesregierung versprochen, sondern zusätzliche Belastungen. Allein die Stadt Essen fürchtet zusätzliche Ausgaben von rund 14 Mio. Euro, weil die Städte in Zukunft für alle Arbeitslosengeld II-Bezieher die Wohnungskosten übernehmen müssen. Der Städtetag fordert Nachbesserung, selbst „Superminister“ Clement hat Prüfung zugesagt.

Über die Kürzungen für die künftigen Arbeitslosengeld II- und Sozialgeld-Bezieher selbst sind dagegen fast nirgends Thema, die zusätzlichen Belastungen für Sozialhilferechtigte durch die Gesundheitsreform erst recht nicht. Wir haben schon im letzten „Stadtrotinfo“ berichtet, dass Sozialhilferechtigte schon seit 1.1.2004 Praxisgebühren und Zuzahlungen für Behandlungen und Medikamente tragen müssen. Erst ab der Belastungshöchstgrenze von in der Regel 2 % des Jahresregelsatzes, derzeit 71,04 Euro, zahlt das Sozialamt.

Sicherlich, andere Menschen mit Niedrigeinkommen, auch pflegebedürftige Rentner, sind von den Zuzahlungen teilweise noch stärker betroffen. Aber der Regelsatz ist am Bedarf orientiert. Er wurde zuletzt zum 1.7.2003 erhöht, als es weder Praxisgebühren noch Zuzahlung gab. Die Regelung ist also eine weitere, bewusste Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip in der Sozialhilfe.

Die PDS hat deshalb für die nächste Ratssitzung einen Antrag gestellt. Darin schlägt sie dem Rat vor, den Protest des Städtetages gegen die zusätzlichen Belastungen durch Hartz IV ausdrücklich zu unterstützen und Bund und Land aufzufordern, Praxisgebühren und Zuzahlung für Sozialhilferechtigte zurückzunehmen oder in einem höheren Regelsatz zu berücksichtigen.

Anderenfalls soll die Stadt Essen die zusätzlichen Kosten bis zur Belastungshöchstgrenze als ergänzende Leistung der Hilfe zum Lebensunterhalt übernehmen.

Wolfgang Freye

Freiwillige Leistungen weg?

Neues Konsolidierungskonzept lässt Schlimmes erwarten

In der Stadtverwaltung laufen aktuell die Vorbereitungen für ein neues Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2005 bis 2008. Die entsprechenden Vorgaben will die CDU in der März-Ratssitzung verabschieden. Damit drohen weitere drastische Einschnitte bei der kommunalen Daseinsvorsorge und den Leistungen, die die Kommune jetzt noch für die Bewohner Essens erbringt.

Eine Bilanz des bisherigen Haushaltssicherungskonzeptes zeigt, dass zwar die angestrebten Einsparungen erreicht wurden, aber das Defizit trotzdem größer geworden ist, weil die Einnahmen zusammengebrochen sind. Dies sind die Folgen der rot-grünen Umverteilungspolitik von unten nach oben, die u.a. die Konzerne bei der Gewerbesteuer als wichtiger kommunaler Ein-

nahme weiter entlastete. Obwohl ohne Gemeindefinanzreform alle Sparbemühungen ins Leere laufen, sollen die drastischen Einschnitte fortgesetzt werden.

Bis zum Herbst sollen alle Bereiche noch einmal auf den Prüfstand und nach Einsparpotentialen durchforstet werden.

Dabei sollen interkommunale Vergleiche Anhaltspunkte ergeben, wo in Essen noch Standards gesenkt werden können. Dabei ist nicht nur die Stadtverwaltung betroffen, sondern auch die städtischen Gesellschaften

sollen verstärkt durchra-

tionalisiert werden.

Letztlich heißt das, die Leistungen für die Bürger werden abgebaut oder im Umfang verringert oder teurer.

Eine wichtige Rolle für das soziale und kulturelle Leben in dieser Stadt spielen

Vereine und Verbände. Sie

sind häufig auf Zuschüsse aus dem Stadthaushalt angewiesen, die jetzt wegzufallen drohen. Sie zählen nämlich meist zu den „freiwilligen Leistungen“, auf deren Kürzung der Regierungspräsident schon in den letzten Stellungnahmen zum Haushalt drängte. Die Stadt darf seit Jahren nur vertragliche Verpflichtungen erfüllen. Zu befürchten ist, dass etliche Verträge auf der Strecke bleiben werden.

Weil soziale Grausamkeiten Wählerstimmen kosten, vertagt die Verwaltung mit Oberbürgermeister Dr. Reiniger (CDU) an der Spitze derzeit etliche Entscheidungen auf die Zeit nach der Kommunalwahl. Die Entscheidung über den Doppelhaushalt 2005/06 soll erst Mitte 2005 fallen. Der soziale Widerstand hat allen Grund, sich früher bemerkbar zu machen.

Gabriele Giesecke



Ein Erfolg war das vom Bündnis Soziale Bewegung organisierte Essener Sozialtribunal am letzten Samstag. Angeklagt war die Sozialpolitik von Bund und Land (siehe Innenteil).

Gemeinschaftsgrundschulen stärken!

Standards halten, Situation für *alle* Grundschüler verbessern – auch für Migranten

Der von der Schulverwaltung vorgelegte Grundschulentwicklungsplan zu Maßnahmen zur Stärkung von Gemeinschaftsgrundschulen in Essen führte in der Elternschaft in den letzten Wochen zu erheblichen Protesten. Vor allem Eltern, die ihre Kinder an den katholischen und evangelischen Bekenntnisschulen angemeldet haben bzw. anmelden wollen, protestierten mit ihren



Kinder, Eltern und Lehrer der evangelischen Albert-Schweitzer-Schule in Rütterscheid protestierten bei der Bezirksvertretung II gegen eine mögliche Schließung ihrer Schule.

Kindern z.B. bei der letzten Sitzung der Bezirksvertretung II und der Schulausschusssitzung.

Was treibt die Eltern auf die Barrikaden?

Die Eltern haben ein Recht, ihre Kinder dort anzumelden und beschulen zu lassen, wo sie es zum Wohle ihres Kindes, sei es aus konfessionellen Gründen, Nachbarschaftsnähe oder sonstigen Beweggründen, für sinnvoll erachten. Gerade in Zeiten der Diskussion um PISA und der Verschlechterung im Bildungsbereich sind die Ängste der Eltern nur zu verständlich. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen.

Die formale Bildungsförderung beginnt v.a. in der Grundschule. Dort werden die Grundlagen für einen weiteren erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Deshalb ist vor Ort, d.h. in der Kommune, die Bildungsfrage ein wichtiges Politikum.

CDU populistisch

Doch läuft der Elternprotest in die falsche Richtung. Die Vorlage der Verwaltung, die Ergebnis eines langen intensiven Diskussions- und Einigungsprozesses aller Fraktionen und Gruppen im Interfraktionellen Arbeitskreis des Schulausschusses ist, zielt auf die Verbesserung oder zumin-

dest auf das Halten des Standards der Essener Grundschullandschaft und zwar für alle Essener Grundschüler/innen. Das Thema eignet sich jedoch nicht für parteiliche Wahlkampfzwecke, auch wenn die CDU dies gegenüber den protestierenden Eltern im Schulausschuss und die SPD in Replik darauf versucht haben.

Bekanntlich liegt das Problem im Detail. Um zu einer fairen Beurteilung der Situation und zu nachhaltigen, sinnvollen Entscheidungen für die Essener Grundschulen zu kommen, bedarf es einer differenzierten Betrachtungsweise und der Aufdeckung der Hintergründe.

Weniger Schüler

Im Schuljahr 1997/98 gab es noch 6.307 Anmeldungen zu den Essener Grundschulen, im anstehenden Schuljahr 2004/5 sind es nahezu 1.000 Anmeldungen weniger, in Zukunft

werden sie noch weiter sinken. Das entspricht einem Rückgang um 16 %. Die Gesamtzahl der Grundschüler/innen lag 1997/98 noch bei 24.086, im anstehenden Schuljahr werden es 2.036 weniger sein. Es werden für die Zukunft folglich weniger Grundschulen benötigt.

Von den 106 städtischen Grundschulen sind 74 Gemeinschaftsgrundschulen, 29 katholisch und 3 evangelisch. Es ist eine eindeutige Nachfrageverschiebung der Elternschaft zu den Bekenntnisschulen festzustellen: Von 23,5 % 1985 auf 32 % für das Schuljahr 2003/4. Der Anteil nichtkonfessioneller Schüler/innen übersteigt in den Bekenntnis-Grundschulen jedoch die Zahl der konfessionellen.

Die Eltern nichtkatholischer bzw. nichtevangelischer Kinder müssen an den Konfessionsschulen eine Bekenntniserklärung zur christlichen Beschulung und Erziehung unterschreiben. Da stellt sich nebenbei die Frage, ob entgegen dem laizistischen Prinzip nach dieser Logik nicht auch staatliche Korangrundschulen einzurichten sind?!

Der Anteil der Kinder von Migranten ist an Bekenntnisschulen erheblich geringer, als an den Gemeinschaftsgrundschulen und entspricht nicht annähernd dem Migrantenanteil der jeweiligen Schulbe-

zirke. Dies führt zur Benachteiligung der Migrantenkinder, die überproportional in den Gemeinschaftsgrundschulen vertreten sind.

Zudem trägt diese Entwicklung zur Desintegration bei und benachteiligt sie in den Gemeinschaftsgrundschulen, die nach dem Schüler-Lehrer-Verhältnis schlechtere Bedingungen haben. Im schlimmsten Fall muss die Gemeinschaftsgrundschule im Bezirk geschlossen werden; Schüler/innen werden dann auf die Nachbarbezirke verwiesen, wenn sie keinen Platz an der Bekenntnisschule erhalten.

Dieser Trend verschlechtert die Integrationsbedingungen, die in der PISA-Studie für deutsche Schulen als miserabel kritisiert wurden.

Gleiche Rechte für alle

Das Ziel der Verwaltungsvorlage, die Stärkung der Gemeinschaftsgrundschulen, hat deshalb erste Priorität, um diesem Negativtrend in den Essener Grundschulen zu begegnen.

Die Basisschule ist die Gemeinschaftsgrundschule und muss dies auch für die Zukunft bleiben. Es darf keine Bevorzugung der Bekenntnisschulen zu Lasten der Gemeinschaftsgrundschulen geben, um nicht in voraufklärerische Verhältnisse durch die aktuelle Bildungskrise zurückzufallen.

Die Reduzierung von 2- auf 1-zügige Klassen in einigen Bekenntnisschulen garantiert, dass die konfessionellen Schüler/innen in der Mehrzahl sind.

In Gemeinschaftsgrundschulen besteht durch den Religionsunterricht ebenfalls die alternative Möglichkeit, nach ethischen, konfessionellen Grundsätzen zu erziehen.

An allen staatlichen Grundschulen haben gleich gute Bedingungen zu herrschen. Eltern mit einer katholischen bzw. evangelischen Konfession haben für ihre Kinder freies Schulwahlrecht, deren Kinder dürfen allerdings nicht gegenüber Kindern anderer bzw. ohne Konfession bevorzugt werden.

Die räumliche Nähe des Elternhauses zum Schulstandort, ebenso wie die Zusammensetzung der Bevölkerung im Schulbezirk (Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund), muss bei der Besetzung der freien Schulplätze Berücksichtigung finden.

Hans-Joachim Stahl

Bezirksvertretungen: Restriktionen abwehren!

Auch den Bezirksvertretungen drohen jetzt erhebliche Abstriche bei der Genehmigung ihrer Haushaltsausgaben. Das städtische Rechnungsprüfungsamt ist angehalten, ihre Ausgaben schärfer zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere alle Ausgaben über 3.000 Euro. Aber auch alle niedrigeren Ausgaben müssen schriftlich begründet werden. Die Handlungsfreiheit der neun Essener Bezirksvertretungen, die über ihren Haushalt von jeweils 354.000 Euro im Jahr bisher frei verfügen konnten, wird dadurch unter Umständen erheblich eingeschränkt. Bisher hatten die Bezirksvertretungen selbst zu prüfen, ob die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung eingehalten werden.

Der Hintergrund: In Kommunen, die unter Haushaltszwangsverwaltung durch den Regierungspräsidenten stehen, dürfen nur Ausgaben getätigt werden, zu denen die Stadt gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist. Neue Verträge dürfen nicht abgeschlossen werden. Zuschüsse für Vereine, für die Renovierung von Klassenzimmern und viele andere Ausgaben fallen formell aber in den Bereich der freiwilligen Leistungen und sind damit womöglich unzulässig.

Druck, die Ausgaben der Bezirksvertretungen schärfer zu prüfen, gab es schon vorher. Letzter Anlass war jedoch ein Vorstoß des Kettwiger SPD-

Ratsherrn Jürgen Spieß. Er bat den Regierungspräsidenten als Kommunalaufsicht, die Rechtmässigkeit eines Zuschusses der Bezirksvertretung IX für das Kulturzentrum Bahnhof Kettwig zu überprüfen. Insgesamt ging es um 25.000 Euro. Der Regierungspräsident verlangte einen Bericht der Stadt, die Anfrage wurde zum klassischen Eigentümer.

Nach Auffassung der PDS müssen die Bezirksvertretungen gestärkt und nicht geschwächt werden. Darf der kleine Haushalt, den sie haben, nur noch für Pflichtaufgaben verwendet werden, wird der Sinn ihrer Arbeit in Frage gestellt. Sollten die Restriktionen tatsächlich so eng sein, wie zu befürchten, ist Widerstand der Bezirksvertretungen angesagt.

Wolfgang Freye

Bauausschuss: Unendliche Geschichte

Die Verträge mit der Objektgesellschaft Saalbau, „die ja eine Art Mietvertrag seien“, enthalten keine Bestimmung über die Einhaltung von Mindestlöhnen und anderen gesetzlichen Vorschriften. Dies räumte die Verwaltung nach monatelangem, hartnäckigem Nachfragen der PDS im Bauausschuss ein. Bereits im Oktober 2003 war durch die IG Bau bekannt geworden, dass es auf der Baustelle der Philharmonie im Saalbau Verstöße gegen die

gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung von tariflichen Mindestlöhnen sowie anderen Arbeitsschutzvorschriften gibt. Die PDS kritisiert nach wie vor, dass die Stadtspitze durch die Vertragsgestaltung auf eine Handhabe verzichtet hat, auf Verstöße gegen gesetzliche und tarifliche Bestimmungen mit einer Konventionalstrafe zu reagieren. Oder hat sie bewußt in Kauf genommen, dass gesetzliche Mindeststandards auf dem zu Lasten von Bauarbeitern verletzt werden, um die Umbaukosten des Prestigeobjektes Saalbau nicht noch weiter in die Höhe zu treiben? Eine öffentliche Verurteilung der Vorgänge auf der Baustelle durch den Oberbürgermeister ist bisher jedenfalls nicht erfolgt.

Horst Beger

Sozialausschuss: Roma-Großlager gescheitert

Ein Kurswechsel zeichnete sich in der letzten Sitzung des Unterausschusses Wohnungsnotfälle am 27.2.2004 ab. Sowohl die Sozialverwaltung als auch Jutta Eckenbach, stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU; erklärten die Absicht, mehrere hundert Roma im Flüchtlingslager Overhammshof unterzubringen, für gescheitert. Wie es Flüchtlingsorganisationen und PDS vorausgesagt hatten, haben es die Vertreter der Roma in mehreren Gesprächen entschieden abgelehnt, in das fern ab von jeder Infrastruktur im Essener Süden gelegene Blechcontainer-Lager zu verlegen. Das Konzept hätte nur mit Polizeigewalt durchgesetzt werden können, und dass scheute die Ratsmehrheit im Wahljahr.

Die PDS-Ratsgruppe sprach sich erneut dafür aus, das Flüchtlingslager Overhammshof endgültig stillzulegen. Es ist für alle Flüchtlinge unzumutbar, nicht nur für Roma. Sie begrüßte es, dass jetzt auch für Roma verstärkt Wohnungen gesucht werden sollen.

Von Überlegungen der CDU, Roma-Flüchtlingen eine „Rückkehrprämie“ für den Wegzug in ihre Herkunftsländer zu zahlen, hält die PDS-Ratsgruppe nichts. Die CDU will dafür Sozialhilfe-Mittel einsetzen. Selbst wenn dies rechtlich möglich sein sollte, hat das Land NRW nicht aus Jux und Döllerei schon im zweiten Jahr einen Winter-Abschiebestopp für jugoslawische Roma verhängt. Die Lebensverhältnisse sind für Roma in Südosteuropas extrem schlecht. Armut, Diskriminierung und Verfolgung prägen ihren Alltag.

Wolfgang Freye

Fast genau sechs Monate vor der Kommunalwahl hat Oberbürgermeister Dr. Reiniger (CDU) die Kampagne „essen-pico-bello“ ins Leben gerufen – ein Schelm, wer da an Wahlkampf denkt! Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind dazu aufgerufen, mehr auf Sauberkeit zu achten, Müll richtig zu entsorgen und Dreckecken zu melden. Mobilisierung pur zu einem ureigenen CDU-Thema. Die von der Landesregierung geplante „Image-Kampagne“ für NRW hat die Landes-CDU dagegen gerade als Wahlkampf vorbereitung zu Fall gebracht. In Essen klatscht die SPD Beifall und druckt das Logo mit Pico und Bello auf ihre Briefumschläge.



Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten.
Bitte schicken Sie das „Stadrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

Impressum:

„Stadrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906, www.pds-essen-im-rat.de, e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

AUS DEM RAT

Der Quartalsbericht zum **Entwicklungsstand Zollverein** wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen. Zufrieden zeigte sich keine Partei, da der Bericht die bestehenden Probleme nicht auf den Tisch brachte. Weiter wurde die Satzung der EGZ geändert, zukünftig werden OB Reiniger sowie je ein Vertreter der Ratsfraktionen dem Aufsichtsrat angehören.

Einstimmig wandte sich der Rat in Sachen **Flughafen Essen-Mülheim** an den Stadtrat der Nachbarstadt mit der Bitte, dem Erbbaurechtsvertrag mit dem Luftschiffbauer Wüllenkemper nicht ohne weitere gemeinsame Beratung zuzustimmen. Die Bitte blieb erfolglos, der Erbbaupachtvertrag wurde für 20 Jahre verlängert. Kritiker befürchten jetzt den Ausbau des Flughafens statt Schließung.

PDS und Grünen stimmten gegen einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP, den **Ruhralleetunnel** in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.

Mit ihrer Mehrheit lehnten es CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und PDS ab, einen **Beirat für Stadtgestaltung** einzurichten. CDU und FDP argumentierten, dass es schon zu viele Beiräte gäbe und machten damit deutlich, dass sie von Bürgerbeteiligung nichts halten. Die PDS unterstrich, dass ein Beirat vor allem dann Sinn machte, wenn er eigenständige Rechte, z.B. ein Rede- und Antragsrecht im Ausschuss für Stadtplanung hätte.

Der Antrag der Grünen nach über 20 Jahren einen **neuen Flächennutzungsplan** aufzustellen, wurde in den Ausschuss für Stadtplanung überwiesen. Die PDS unterstützte den Antrag.

Die von Bürgerinitiativen heftig bekämpften **Bebauungspläne** Wattenscheider Straße und Schirnbecker Teiche zog die Verwaltung zurück (siehe Bericht in dieser Zeitung an anderer Stelle).

Gabriele Giesecke

Zweite Miete transparent machen

PDS beantragt die Erstellung eines Betriebskostenspiegels

Seit Jahren entwickelt sich die Belastung durch die Nebenkosten zu einer „Zweiten Miete“. Im Landesdurchschnitt stiegen die Nebenkosten von 1995 bis 2001 um 22,6 Prozent, Tendenz weiter steigend. Der Anteil des Nettoeinkommens, den die Haushalte für Wohnen insgesamt aufbringen steigt und liegt heute im Durchschnitt bei 30 Prozent. In nicht wenigen Fällen, vor allem bei Menschen mit niedrigen Einkommen, sogar darüber. Die PDS-Ratsgruppe beantragt deshalb jetzt im Stadtrat die Erstellung eines Betriebskostenspiegels als Ergänzung zum Mietspiegel.

Während jeder die Höhe und Angemessenheit seiner individuellen Miete noch relativ einfach feststellen kann, sind die Betriebs- und Nebenkosten für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Ein Großteil der Beratungen der Mietervereine und der Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern beziehen sich auf Nebenkosten. Dabei können Mietervereine und Gerichte nur die Rechtmäßigkeit der Berechnung der Nebenkosten feststellen, aber nichts zur Angemessenheit der Höhe im städtischen Vergleich.

Hier kann ein Betriebskostenspiegel, ähnlich wie ein Mietspiegel, für Transparenz und Vergleichbarkeit sorgen. Gliedert werden sollte er nach häufig vorkommenden Gebäudetypen und in Anlehnung an die mietpreisbildenden Faktoren des Mietspiegels wie Art, Größe und Beschaffenheit der Wohnung. Mit einer Broschüre sollten die Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

In der Stadt Leipzig gibt es seit Jahren einen solchen Betriebskostenspiegel. Er war auf Initiative der dortigen PDS-Ratsfraktion entstanden und wird inzwischen von den Amtsgerichten bei Strei-

tigkeiten zwischen Mietern und Vermietern herangezogen. So wirkt er schlichtend, weil sich ein für alle Seiten gültiger Maßstab herausgebildet hat. Mieter wie Vermieter haben daraus einen Nutzen.

Sicherlich sind Nebenkosten im Einzelfall von vielen Gegebenheiten abhängig: Wer immer das Fenster auf hat, hat hohe Heizkosten. Ein Betriebskostenspiegel kann aber immerhin den Anhaltspunkt geben, die Ursachen für überhöhte Heizkosten zu suchen. Genauso kann der Vermieter z.B. überhöhten Hausmeister- oder Winterdienstkosten nachgehen. Der Nachweis von angemessenen und wirtschaftlichen Betriebskosten für ein Objekt kann so zu einer Steigerung der Attraktivität der Mietsache führen.

Die Beschaffung der Daten, auf deren Grundlage ein Betriebskostenspiegel erstellt werden kann, ist nicht besonders aufwändig, wenn die Stadt mit den Mietervereinen, den Wohnungsbaugesellschaften und Haus und Grund kooperiert. Diese Institutionen haben bereits viele Daten vorliegen, man muss sie nur zusammenfassen.

Gabriele Giesecke

TERMINE

Montag, 29. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 5. April

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro

Montag, 19. April

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro

Montag, 26. April

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr,
PDS-Büro